

**Antrag 163/I/2020****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gemeinnützigkeit VVN**

1 Die SPD fordert, den Entzug der Gemeinnützigkeit der Ver-  
2 einigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der An-  
3 tifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e.V.) durch  
4 das Finanzamt für Körperschaften 1 des Landes Berlin von  
5 amtswegen zu überprüfen und ggf. unter Auflagenertei-  
6 lungen zurückzunehmen.

7

**8 Begründung**

9 Antifaschismus ist gemeinnützig: Unser Einsatz für eine  
10 solidarische Gesellschaft ist unteilbar!  
11 Öffentliche Erklärung zur Aberkennung der Gemeinnüt-  
12 zigkeit für die VVN-BdA und andere Organisationen. Wir  
13 verurteilen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für  
14 die Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes  
15 – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-  
16 BdA) durch das Berliner Finanzamt aufs Schärfste. Wir  
17 sind beschämt, dass die Auschwitz-Überlebende und heu-  
18 tige Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Esther Bejarano die-  
19 se Entscheidung erleben muss. „Die Vernichtung des Na-  
20 zismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Auf-  
21 bau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist un-  
22 ser Ziel.“ Dieser Schwur der Befreiten von Buchenwald ist  
23 das Fundament der jahrzehntelangen antifaschistischen  
24 Arbeit der VVN-BdA und unser Kampf gegen Faschismus  
25 ist #unteilbar. Darum sind wir solidarisch mit der VVN-  
26 BdA. Die Entscheidung gegen die VVN-BdA ist keine Ein-  
27 zelentscheidung. Vielmehr werden die Bewegungsräume  
28 für eine politische und demokratisch aktive Zivilgesell-  
29 schaft, wie sie sich etwa bei #unteilbar zusammenge-  
30 schlossen hat, auch mit Hilfe des Steuerrechts, immer en-  
31 ger gesteckt. Belege dafür sind die rigide Auslegung des  
32 Gemeinnützigkeitsrechts auch für andere politisch akti-  
33 ve Vereine wie attac, Campact oder das Demokratische  
34 Zentrum Ludwigsburg. Auch an anderer Stelle beobach-  
35 ten wir mit großer Sorge, dass im Zuge der fatalen Um-  
36 strukturierung des Programms „Demokratie Leben“ weit  
37 über 200 Projekte in ihrem Kampf für eine vielfältige Ge-  
38 sellschaft vor dem Aus stehen. Geplant waren sogar mas-  
39 sive Kürzungen für das Programm „Demokratie Leben“, die  
40 erst nach vehementen Protesten zurückgezogen wurden.  
41 In Zeiten, in denen parteipolitisch organisierte Faschistin-  
42 nen und Faschisten und gewalttätige Neo-Nazis gemein-  
43 sam marschieren, verhallen Forderungen nach einer sub-  
44 stantiellen Aufstockung der Mittel folgenlos.

45 Darum fordern wir:

- 46 • Dass das Land Berlin dem Beispiel NRWs folgt und  
47 die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA anerkennt.
- 48 • Damit die Arbeitsfähigkeit der VVN-BdA nicht be-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

49 einträchtig wird, soll die Vollziehung der Bescheide  
50 zur Zahlung/Steuerzahlung ausgesetzt werden.

- 51 • Politisches Engagement der kritischen und demo-  
52 kratischen Zivilgesellschaft muss im Zuge der an-  
53 stehenden Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts  
54 durch das Bundesfinanzministerium gestärkt und  
55 zweifelsfrei abgesichert werden!
- 56 • Wir brauchen ein „Demokratiefördergesetz“, das  
57 seinen Namen verdient und eine nachhaltige und  
58 bedarfsgerechte Finanzierung zivilgesellschaftlich  
59 getragener Projekte sicherstellt.

60

61 Wir werden diese Forderungen so lange und so laut ver-  
62 treten, bis sie umgesetzt werden. Mit den #unteilbar De-  
63 monstrationen und dem gemeinsamen Einstehen auf der  
64 Straße haben wir alle auch ein Versprechen auf Solidarität  
65 miteinander abgegeben.

66 Berlin, den 28.11.2019

67 Diese Erklärung wurde von Aktiven und Organisatio-  
68 nen aus dem #unteilbar-Bündnis initiiert. Weitere Initia-  
69 tor\*innen und Unterzeichner der Erklärung unter unteil-  
70 bar.org/gemeinnuetzig